

## Inhalt

1. Kapitel: Das Grundproblem und die definitorischen Grundlagen – eine Einführung.....	1
I. Das menschliche und zugleich juristische Grundproblem.....	1
1. Die Aktualität des Themas .....	1
2. Der Untersuchungsgegenstand .....	2
II. Begrifflichkeiten und Definitionen.....	3
1. Definitionen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz .....	3
a) Benachteiligung .....	3
b) Weitere Begriffe im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz .....	4
c) Einheitliche Definitionen für die gesamte Bearbeitung .....	4
2. Begrifflichkeiten außerhalb des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes .....	5
a) Diskriminierung .....	5
b) Privatautonomie und Vertragsfreiheit .....	5
aa) Privatautonomie.....	6
bb) Vertragsfreiheit .....	6
2. Kapitel: Grundlagen der nationalen Rechtsordnung.....	8
I. Das Verhältnis von Verfassungsrecht und Privatrecht .....	8
1. Die Konzeption vor dem Grundgesetz.....	8
2. Grundgesetzlicher Paradigmenwechsel.....	9
a) Der zeitliche Primat des bürgerlichen Rechts.....	9
b) Die Konstitutionalisierung des Privatrechts .....	10
c) Grundrechte als Gegenstand der Privatrechtsgesetzgebung .....	10
II. Die Entwicklung der Privatautonomie beziehungsweise der Vertragsfreiheit im Privatrecht im Besonderen .....	11
1. Die Ausgangslage.....	11
2. Einschränkungen der Privatautonomie durch ausdrückliche gesetzliche Diskriminierungsverbote.....	12
3. Kapitel: Europarechtlicher Hintergrund.....	13
I. Antidiskriminierungsrichtlinien .....	13
1. Die umzusetzenden Richtlinien.....	13
2. Gültigkeit im Bereich Beschäftigung und Beruf und im allgemeinen zivilrechtlichen Bereich .....	13
II. Gerichtliche Kontrolle.....	14
1. Gerichtliche Kontrolle von Umsetzungsgesetzen .....	14
a) Der Anwendungsvorrang anhand des Falls „Tanja Kreil“ .....	14
b) Gemeinschaftsperspektive .....	15
c) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	15
aa) Primäres Gemeinschaftsrecht und Verordnungen.....	15

bb) Richtlinien und Umsetzungsgesetze .....	16
aaa) Grundlinien der Kammerrechtsprechung.....	16
bbb) Die nicht ausdrückliche Anwendung der Solange II- Rechtsprechung.....	18
ccc) Die „strikt europarechtliche“ Position .....	18
ddd) Stellungnahme .....	19
2. Individualrechtsschutz gegen Richtlinien .....	19
a) „Echte“ Richtlinien als tauglicher Klagegegenstand.....	20
b) Die Folgen der Anerkennung als Klagegegenstand .....	21
III. Europarechtskonformität der Richtlinien.....	22
1. Art. 13 Abs. 1 EG.....	22
a) Vergleich mit Art. 12 EG.....	22
b) Die Stellung des Art. 13 EG .....	23
c) Sachregelungskompetenz der Gemeinschaft als Voraussetzung.....	23
2. Die Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG .....	24
3. „Im Rahmen der auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten“ ..	24
IV. Auswirkungen der Nichtumsetzung beziehungsweise der fehlerhaften Umsetzung von Richtlinien.....	25
1. Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH, Art. 226 ff. EG .....	25
a) Die rechtlichen Grundlagen .....	25
b) Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen nicht rechteiniger Umsetzung von Richtlinien .....	26
2. Weitere Folgen der Nichtumsetzung.....	27
a) Richtlinienkonforme Auslegung.....	27
b) Unmittelbare Wirkung der Richtlinie .....	27
aa) Die Rechtsprechung des EuGH .....	28
bb) Anerkennung der Rechtsprechung des EuGH durch das Bundesverfassungsgericht.....	29
c) Staatshaftungsanspruch gegen den Staat .....	29
aa) Die vom EuGH entwickelten Grundlagen der Haftung der Mit- gliedstaaten für die Verletzung von Gemeinschaftsrecht .....	29
bb) Die Umsetzung im nationalen Recht der Mitgliedstaaten .....	30
d) Fazit .....	30
4. Kapitel: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz .....	32
I. Die Entstehung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes .....	32
1. Entwurf eines Gesetzes zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht.....	32
2. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskri- minierungsrichtlinien.....	33
3. Gesetz zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungs- richtlinien .....	33
4. Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes.....	34

II.	Erläuterungen zu den Diskriminierungsmerkmalen .....	34
1.	Religion und Weltanschauung .....	35
a)	Allgemeine Grundlagen .....	35
aa)	Transzendenz als Merkmal der Religion .....	35
bb)	Aussagen zur Herkunft und zum Ziel des menschlichen Lebens und zur Stellung des Menschen in der Welt .....	35
b)	Das Problem der wirtschaftlichen Ausrichtung von (vermeintlich) religiös ausgerichteten Personenvereinigungen .....	36
aa)	Die Rechtsprechung .....	36
bb)	Keine Religionsgemeinschaft nach nationalem Recht .....	37
cc)	Der europarechtliche Kontext .....	37
aaa)	Keine Einordnung als Religionsgemeinschaft .....	37
bbb)	Keine Einordnung als Weltanschauungsgemeinschaft .....	38
(a)	Der Wortlaut der Rahmenrichtlinie Beschäftigung (Richtlinie 2000/78/EG) .....	38
(b)	Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung .....	39
dd)	Fazit .....	40
d)	Grenzen des Schutzes vor Diskriminierung wegen Religion und Weltanschauung .....	40
2.	Behinderung .....	40
3.	Alter .....	41
4.	Sexuelle Identität .....	41
III.	Grundsätzliche inhaltliche Fragen .....	42
1.	Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien aus dem Jahr 2004 .....	42
a)	Einige Einzelheiten .....	42
b)	Auswertung .....	43
2.	Übereinstimmung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes mit den Richtlinien .....	44
a)	Der Anwendungsbereich des allgemeinen zivilrechtlichen Teils, §§ 19 ff. AGG .....	45
aa)	Öffentliches Angebot .....	46
bb)	Vielzahl von Gütern .....	46
cc)	Argumente für die weite oder die enge Auslegung .....	46
aaa)	Erwägungsgrund 4 der Richtlinie 2000/43/EG (Anti- rassismusrichtlinie) .....	47
bbb)	Ohne Ansehen der Person .....	47
ccc)	Art. 3 I der Richtlinie 2004/113/EG (Geschlechtergleich- behandlungsrichtlinie) .....	48
dd)	Bedeutung für das AGG .....	48

b) Allgemeine Vorschriften .....	48
aa) Die Richtlinienvorgaben.....	49
bb) Die deutsche Regelung.....	49
aaa) Erste Sichtweise: Europarechtswidrigkeit der Regelung.....	49
bbb) Zweite Sichtweise: Europarechtskonformität der Regelung.....	50
cc) Entscheidung der Streitfrage im Sinne der ersten Sichtweise.....	50
c) Konsequenzen der mangelnden Umsetzung.....	51
IV. Die Verfassungsmäßigkeit des AGG .....	52
5. Kapitel: Die Grundrechtsbindung des Privatrechtsgesetzgebers .....	53
I. Die Ausgangslage.....	53
II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	53
III. Die Intensität der Grundrechtsbindung .....	54
1. Keine unmittelbare Grundrechtsbindung privater Rechtssubjekte .....	55
2. Die Unterschiede zu Normen des öffentlichen Rechts .....	55
3. Die Notwendigkeit der allseitigen Bedeutung der geschützten Güter und Freiheiten .....	56
a) Die allseitige Bedeutung in Abgrenzung zur Drittwirkung.....	56
b) Die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtung.....	57
c) Privatautonomie, Meinungs- und Pressefreiheit.....	57
4. Die Pflicht des Privatrechtsgesetzgebers zur Koordinierung gegenläufiger Grundrechtspositionen Privater .....	58
IV. Fazit: Die Bindung des Privatrechtsgesetzgebers an die Grundrechte als Eingriffsabwehrrechte.....	59
6. Kapitel: Die Privatautonomie.....	60
I. Die Privatautonomie bzw. Vertragsfreiheit im Grundgesetz.....	60
1. Der prinzipielle grundrechtliche Schutz der Vertragsfreiheit.....	60
2. Die Gewährleistung der Vertragsfreiheit in verschiedenen Grund- rechten des Grundgesetzes .....	61
a) Der Vorrang von Spezialgrundrechten .....	61
b) Die Argumentation <i>Manssens</i> .....	63
aa) Die Ausgangslage .....	63
bb) Der Selbststand des Verfassungsrechts .....	63
c) Die Vertragsfreiheit als Schutzgegenstand des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts?.....	64
d) Die Vertragsfreiheit als ein weiteres unbenanntes Freiheitsrecht .....	65
3. Die Abgrenzung der Schutzbereiche der einzelnen die Vertrags-freiheit erfassenden Grundrechte.....	65
a) Die Abgrenzung von Art. 12 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG .....	65
aa) Die weite Sichtweise .....	66
bb) Eine engere Sichtweise .....	66
cc) Fazit .....	67
b) Die Abgrenzung von Art. 14 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG .....	67

aa) Verpflichtungs- und auch Verfügungsgeschäfte?.....	67
bb) Welche Vertragsgegenstände sind von Art. 14 Abs. 1 GG umfasst? .....	68
cc) Art. 14 GG schützt das Erworbene .....	69
c) Das Verhältnis von Art. 14 GG zu Art. 12 GG .....	70
d) Ausblick .....	70
II. Umfang der Gewährleistung der Privatautonomie auf der Schutzbereichsebene .....	71
1. Die nur eingeschränkte Relevanz einer „a-priori“-Sichtweise .....	71
a) Die Rechtsordnung als Korrelat der Vertragsfreiheit.....	71
b) <i>Gabriele Britz</i> und das „Privatheits-Argument“ .....	72
c) Stellungnahme.....	73
2. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes als Anhaltspunkt für den Umfang der grundrechtlichen Gewährleistung von Privatautonomie? .....	74
3. Hauptlinien in der Diskussion um die Vertragsfreiheit .....	75
a) Vertragsfreiheit als Vertragsgerechtigkeit.....	75
b) Vertragsfreiheit als formale oder materielle Freiheit .....	76
c) Problemlösung .....	76
aa) Die Frage der Selbstbestimmungsidee als Ansatzpunkt .....	76
bb) Die tatsächliche Umsetzung.....	77
cc) „Eingriffe“ im technischen Sinn ? .....	77
aaa) Konsequenz der Gewährleistung formaler Vertragsfreiheit .....	77
bbb) Konsequenz der Gewährleistung einer auf Schutzbereichs- ebene begrenzten Vertragsfreiheit .....	78
ccc) Fazit.....	78
d) Die Lehre <i>Walter Schmidt-Rimplers</i> .....	79
7. Kapitel: Eingriffe durch Diskriminierungsverbote .....	81
I. Ausgestaltung oder Eingriff .....	81
1. Die Ausgangslage .....	81
2. Einschränkung und Ausgestaltung als einander entgegengesetzte und sich gegenseitig ausschließende Begriffe .....	82
3. Der Anwendungsbereich des Ausgestaltungsbegriffs .....	84
a) Verpflichtende Rechtsgeschäfte auf der Grundlage zivilrechtlicher Kompetenznormen.....	84
b) Der Umfang zivilrechtlicher Kompetenzen.....	84
c) Die schon vor dem AGG anerkannten Diskriminierungsverbote.....	85
II. Verschiedene Arten von Diskriminierungsschutz .....	85
1. Schutz vor Diskriminierung als Pflicht zur Bevorzugung.....	85
2. Die Pflicht zur umfassenden sachlichen Entscheidung .....	86
3. Die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gewählte Art von Diskriminierungsverboten.....	86

a) Konsequenzen der Strukturierung .....	87
b) Bewertung der rechtlichen Folgen.....	88
III. Unterschiedliche Sanktionen für Verstöße gegen Differenzierungsverbote.....	88
1. Kontrahierungszwang.....	89
a) Argumente speziell im Hinblick auf § 21 AGG .....	89
b) Grundsätzliches zu aus Schadensersatz-, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüchen abgeleiteten Rechtspositionen .....	90
aa) Kontrahierungszwang als Folge der Verpflichtung zur Naturalrestitution aufgrund eines Schadensersatzanspruchs .....	90
bb) Kontrahierungszwang als Folge eines Unterlassungs- oder Beseitigungsanspruchs.....	91
aaa) Unterlassungsanspruch.....	91
(a) Unterlassungsansprüche als Form des präventiven Rechtsschutzes .....	91
(b) Die Zielrichtung des Unterlassungsanspruchs .....	91
bbb) Beseitigungsanspruch.....	92
(a) Argumente gegen einen Kontrahierungszwang als Folge eines Beseitigungsanspruchs.....	92
(b) Entscheidende Argumente für einen Kontrahierungszwang als Folge eines Beseitigungsanspruchs.....	92
c) Ergebnis .....	93
2. Andere Sanktionen .....	93
IV. Gesamtschau.....	94
8. Kapitel: Grundrechtsschranken und verfassungsrechtliche Gegen- positionen zur Privatautonomie.....	95
I. Grundrechtsschranken.....	95
1. Zu den Grundrechtsschranken allgemein .....	95
a) Die Uneinheitlichkeit der Grundrechtsschranken.....	95
b) Zusätzliche verfassungsimmanente Schranken auch bei Grundrechten mit ausdrücklichen Schranken? .....	96
2. Die einzelnen Grundrechte .....	97
a) Art. 14 Abs. 1 GG.....	97
aa) Die Grundlagen der Gewährleistung .....	97
bb) Eine unmittelbare Bindung des Eigentümers durch Art. 14 Abs. 2 GG? .....	98
b) Art. 12 Abs. 1 GG.....	99
c) Art. 2 Abs. 1 GG .....	100
aa) Die Schrankentrias .....	100
bb) Die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips.....	101

II. Beweggründe einer Antidiskriminierungsgesetzgebung und verfassungsrechtliche Gegenpositionen zur Privatautonomie bzw. Vertragsfreiheit .....	101
1. Beweggründe und Ziele der Antidiskriminierungsrechtsetzung.....	102
a) Die Formulierung des § 1 AGG.....	102
b) Erläuterungen im Gesetzentwurf und in der Gesetzesbegründung zu § 1 AGG .....	102
c) Die Erwägungsgründe der Richtlinien.....	102
d) Zusammenschau .....	103
e) Der Vorwurf des Erziehungsstrebens .....	104
aa) Die sozialpädagogische Zielsetzung .....	104
bb) Augenfällige Wiederholung schon vorhandener Regelungen? ....	105
f) Fazit .....	106
2. Verfassungsrechtliche „Gegenpositionen“.....	106
a) Grundlagen zur unmittelbaren Drittirkung und zur mittelbaren Drittirkung von Grundrechten .....	106
aa) Unmittelbare Drittirkung von Grundrechten .....	106
aaa) Freiheitsrechte .....	106
bbb) Gleichheitsrechte .....	107
bb) Mittelbare Drittirkung und Schutzpflichten.....	107
aaa) Mittelbare Drittirkung .....	108
bbb) Schutzpflichten.....	109
ccc) Der Zusammenhang zwischen mittelbarer Drittirkung und den grundrechtlichen Schutzpflichten.....	110
b) Der Meinungsstand zur Rechtslage im allgemeinen Zivilrecht außerhalb des AGG.....	112
aa) Grundrechte als Schutzgesetze i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB.....	112
aaa) Grundrechte als Schutzgesetze im Allgemeinen? .....	112
bbb) Art. 3 GG als Schutzgesetz.....	113
bb) Zivilrechtliche Kommentarliteratur und andere literarische Stellungnahmen zu Diskriminierungsverboten im allgemeinen Zivilrecht.....	113
aaa) Die Position Ottos .....	114
(a) § 823 BGB .....	114
(b) § 826 BGB .....	114
(aa) Monopolstellung, besondere Bedeutung eines Gutes für die Lebensführung und Kartellsituationen .....	115
(bb) „Diskriminierungen in der Öffentlichkeit“ .....	115
(cc) Sittenwidrigkeit ohne weitere hinzutretende Umstände ....	116
(dd) Die Berücksichtigung entlastender Faktoren .....	116
(c) Rückschluss auf hinter der Meinung stehende verfassungsrechtliche Wertungen .....	117

bbb) Die Position <i>Pickers</i> .....	117
(a) Die Grundzüge der Position .....	117
(b) Würdigung der Position <i>Pickers</i> .....	118
cc) Zwischenfeststellung .....	119
c) Privatautonomie als verfassungsrechtliche Gegenposition zur Privatautonomie .....	119
aa) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	119
bb) Kritik an der Rechtsprechung .....	120
cc) Die Übertragung auf Diskriminierungsverbote .....	121
dd) Der Einwand der praktischen Machbarkeit .....	122
d) Das Sozialstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 1 GG .....	123
aa) Die Beschränkung von Grundrechten durch das Sozial- staatsprinzip .....	123
bb) Das Zusammenwirken des Sozialstaatsprinzips mit Art. 3 GG .....	124
e) Art. 3 GG .....	125
aa) Unmittelbare Drittewirkung .....	125
aaa) Besonderheiten des Art. 3 Abs. 2 GG .....	125
(a) Allgemeine Horizontalwirkung? .....	125
(b) Besondere Berücksichtigung des Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG .....	126
(aa) Die Rechtsnatur des Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG als Staatszielbestimmung .....	126
(aaa) Abgrenzung zu Programmsätzen .....	126
(bbb) Abgrenzung zu Kompetenzzuweisungsnormen .....	127
(ccc) Abgrenzung zu Einrichtungsgarantien .....	127
(ddd) Abgrenzung zu Gesetzgebungsaufträgen .....	127
(eee) Abgrenzung zu Individualgrundrechten und Ein- ordnung als Staatszielbestimmung .....	127
(bb) Drittewirkung von Staatszielbestimmungen .....	128
(aaa) Die Sichtweise <i>Jutta Schumanns</i> .....	128
(bbb) Die Ablehnung einer unmittelbaren Drittewirkung von Staatszielbestimmungen .....	130
a) Rechtsnatur von Staatszielbestimmungen .....	130
b) Übertragung auf das Bürger-Bürger-Verhältnis .....	130
g) Zwischenergebnis .....	131
(bbb) Art. 3 Abs. 3 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG .....	131
(a) Keine unmittelbare Drittewirkung des Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG .....	131
(b) Fazit .....	133
(bb) Mittelbare Drittewirkung des Art. 3 GG .....	133
aaa) Art. 3 Abs. 1 GG .....	133
bbb) Art. 3 Abs. 2 GG .....	134
ccc) Art. 3 Abs. 3 GG .....	134

ddd) Der geringe Nutzen einer isolierten Betrachtung von Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG.....	136
f) Art. 3 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 1 GG.....	136
aa) Heteronome Chancengleichheit.....	136
bb) Die Inpflichtnahme Privater.....	137
cc) Chancen- und Ergebnisgleichheit.....	138
aaa) Die Differenzierung zwischen Chancen- und Ergebnis- gleichheit.....	138
bbb) Die Einordnung von Diskriminierungsverboten in die genannten Gleichheitskategorien .....	138
g) Art. 3 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie, Art. 1 Abs. 1 GG.....	139
aa) Ungleichbehandlungen als Verletzung der Menschenwürde? .....	139
aaa) Der direkte Anwendungsbereich der Menschenwürde im Verhältnis Staat –Bürger.....	140
bbb) Das Verhältnis von Privaten untereinander.....	141
(a) Der Ansatz <i>Pickers</i> .....	142
(b) Der Ansatz <i>Neuners</i> .....	142
(c) Der Gesichtspunkt der Öffentlichkeit .....	143
ccc) Fazit.....	144
h) Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.....	144
aa) Grundlagen.....	144
bb) Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Diskriminierungs- verbote	145
i) Zwischenergebnis .....	146
9. Kapitel: Verfassungsrechtliche Besonderheiten des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. 1 Abs. 1 GG) auf Seiten des potentiell Diskriminierenden .....	147
I. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht des von Diskriminierungs- verboten Betroffenen.....	147
1. Grundlagen .....	147
2. Bedeutung für Diskriminierungsverbote .....	148
II. Zusammenfassung der Bedeutung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) im Zusammenhang mit Diskriminierungsverboten .....	148
10. Kapitel: Leitlinien für die Normierung von privatrechtlichen Diskriminierungsverboten.....	149
I. Leitlinien <i>Jestaedts</i> .....	149
1. Für die Zulässigkeit von Diskriminierungsverboten sprechende Gesichtspunkte .....	149
a) Die Vorgaben <i>Jestaedts</i> .....	149

## XVIII

b) Untersuchung der einzelnen Punkte .....	150
2. Gegen die Zulässigkeit sprechende Gesichtspunkte .....	152
a) Die Vorgaben <i>Jestaedts</i> .....	152
b) Untersuchung der einzelnen Punkte .....	152
3. Fazit .....	154
11. Kapitel: Eine Generalklausel zur Regelung von benachteiligendem Verhalten im allgemeinen zivilrechtlichen Verkehr .....	155
I. Die Vorteile einer Generalklausel.....	155
II. Erläuterungen zu der Generalklausel .....	156
1. Die Notwendigkeit des Verbots demütigenden Verhaltens (vorletzter Satz).....	156
2. Die Berücksichtigung des Faktors „Öffentlichkeit“ .....	156
3. Der Ausschluss des reinen „Herabsetzens“ ohne Benachteiligung aus dem Anwendungsbereich .....	156
4. Zugunsten des potentiellen Diskriminierungsopfers berücksichtigte verfassungsrechtliche Wertungen .....	157
5. Die Verletzung der Klausel .....	157
12. Kapitel: Die Verfassungsmäßigkeit der Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.....	158
I. Die Übereinstimmung der Regelungen des Allgemeinen Gleich- behandlungsgesetzes mit Art. 6 Abs. 1 GG.....	158
1. Grundlagen des Art. 6 Abs. 1 GG unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Schutzpflichten.....	158
2. Art. 6 Abs. 1 GG und Diskriminierungsverbote .....	159
a) Potentielle Diskriminierungslagen.....	160
b) Das Problem der Förderung.....	161
3. Fazit .....	162
II. Die Übereinstimmung der Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes mit der Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG, und der Pressefreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 GG.....	162
1. Die Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG.....	163
a) Schutzbereich .....	163
b) Beschränkung der Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG, durch die Regelung zur Beweislastverteilung in § 22 AGG .....	165
aa) Darstellung der Problematik anhand einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	166
bb) Die Übertragung der bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidung auf die zweistufige Beweislastumkehr in § 22 AGG .....	166
c) Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs.....	167
aa) Schranken der Meinungsfreiheit .....	168
bb) Schranken-Schranken.....	169

aaa) Ziel der Beweislastumkehr.....	169
bbb) Geeignetheit und Erforderlichkeit der Beweislastumkehr.....	170
ccc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn.....	171
d) Zwischenfeststellung .....	171
2. Die Pressefreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 GG .....	171
a) Der Schutz von Presseunternehmen als Tendenzbetriebe .....	172
b) Die unzureichende Berücksichtigung der Tendenzbetriebs-eigenschaft .....	173
c) Die Ungleichbehandlung von kirchlichen oder weltanschaulichen Gemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben .....	176
aa) Art. 5 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 GG als richtiger Prüfungsmaßstab.....	176
bb) Die Rechtfertigung der Ungleichbehandlung .....	176
III. Die Übereinstimmung der Regelungen des Allgemeinen Gleichbe-handlungsgesetzes mit anderen Grundrechtsbestimmungen .....	178
1. Formelle Verfassungsmäßigkeit.....	178
2. Materielle Verfassungsmäßigkeit.....	178
a) Der grundrechtliche Schutzbereich.....	179
aa) Die Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG .....	179
bb) Der Eigentumsschutz des Art. 14 Abs. 1 GG .....	179
cc) Die allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG .....	180
b) Die Beschränkung.....	180
c) Die Rechtfertigung der Beschränkung.....	180
aa) Legitimes Ziel .....	181
bb) Geeignetheit .....	181
cc) Erforderlichkeit.....	182
aaa) Erforderlichkeit der explizit geregelten Diskriminierungsverbote, § 19 Abs. 1 Nr. 1 AGG .....	182
bbb) Erforderlichkeit des Kontrahierungszwangs, § 21 AGG.....	182
ccc) Erforderlichkeit der Beweislastumkehr, § 22 AGG.....	182
dd) Angemessenheit im Rahmen des Art. 14 Abs. 1 GG .....	183
aaa) Das Differenzierungsverbot, § 19 Abs. 1 Nr. 1 AGG.....	183
(a) Beeinträchtigungen im ökonomischen Bereich .....	183
(b) Eine andere Komponente des Eigentums .....	184
(aa) Erste Konstellation .....	185
(bb) Zweite Konstellation .....	185
(cc) Dritte Konstellation .....	186
(dd) Vierte Konstellation .....	186
(ee) Fünfte Konstellation .....	186
(ff) Zwischenfeststellung.....	186
(c) § 20 Abs. 1 AGG als die die Verfassungsmäßigkeit rettende Generalklausel.....	187
(aa) Die Regelbeispiele des § 20 Abs. 1 S. 2 AGG.....	187

(bb) Die Auslegung des § 20 Abs. 1 S. 1 AGG .....	188
bbb) Der Kontrahierungszwang, § 21 Abs. 1 und 2 AGG .....	189
ccc) Die Beweislastumkehr, § 22 AGG.....	189
ee) Angemessenheit im Rahmen des Art. 2 Abs. 1 GG .....	189
IV. Fazit.....	191
13. Kapitel: Zusammenfassung .....	192
Literaturverzeichnis.....	197